

Fake-News-Bundesrat: Glauben Sie dieser Regierung kein Wort

Von David Binder, Weltwoche, 9.7.2025

<https://weltwoche.ch/story/fake-news-bundesrat/>

Früher konnte man dem Bundesrat und der Verwaltung vertrauen, dass sie Parlament und Stimmvolk einigermassen korrekt informieren – *Tempi passati*. Viola Amherds «Fixpreis» für die F-35-Flugzeuge, der jetzt massiv steigen wird, ist der Höhepunkt einer ganzen Reihe bundesrätlicher Falschaussagen, Irreführungen, Desinformation, um das Wort Lügen nicht zu verwenden. Ein Fake-Check, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

FZA-Fake: Es ist die verheerendste Fehlprognose in der jüngeren Geschichte der Eidgenossenschaft. Vor der Unterzeichnung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) mit der EU verbreitete der Bundesrat Ende des letzten Jahrhunderts «Plausibilitäts-Überlegungen», wonach die Nettozuwanderung aus der EU jährlich 10.000 Personen betragen könnte, viel wahrscheinlicher seien aber lediglich 8000. Heute weiss man: Zwischen 2002 und 2023 wanderten 1,5 Millionen Menschen in die Schweiz ein, davon 63 Prozent aus der EU, was knapp eine Million macht. So kommt man netto im Schnitt auf gut 48.000 EU-Ausländer pro Jahr, sechsmal mehr als prognostiziert. Der Migrationsforscher, auf den die Zahlen zurück gehen, ein Deutscher, hat seine Fehlprognose längst eingeräumt. Der Bundesrat hingegen will die völlig unterschätzte Zuwanderung mit einer völlig überschätzten Schutzklausel in den neuen EU-Verträgen in den Griff bekommen – frei nach dem Motto: Fake mit Fake bekämpfen.

Der «garantierte Fixpreis ohne Nachforderungen» entpuppt sich als historische Falschinformation

Schutzklausel-Fake: «Schutzklausel» ist nur eines von zahlreichen Gaunerwörtern rund um die EU-Verträge, ein hochoffizieller Etikettenschwindel. Vincenzo Mascioli, Staatssekretär für Migration unter SP-Bundesrat Beat Jans, hat jüngst in einem Interview mit der NZZ beteuert, dass die Schweiz die Zuwanderung aus der EU im Rahmen der Personenfreizügigkeit «eigenständig» einschränken könne. Brüssel hält derweil seit Monaten fest, dass die Klausel eben gerade «nicht einseitig» sei. Ein Schiedsgericht müsse nicht nur prüfen, ob die Voraussetzungen (z. B. Arbeitslosigkeit, Mietpreise) für die Anwendung der Schutzklausel gegeben seien. Es bestimme auch, ob die Massnahmen, die die Schweiz gegen Zuwanderung ergreifen wolle, überhaupt genehm seien. Würde der Bundesrat die eigene Schutzklausel tatsächlich ernst nehmen, wäre sie nichts anderes als ein vorsätzlicher Vertragsbruch des Freizügigkeitsabkommens mit der EU. Der Bundesrat macht die Schweiz zu einem unglaublichen Partner ohne Treu und Glauben – und spricht dabei von mehr Rechtssicherheit.

F-35-Fake: Bevor der Bundesrat die EU-Verträge unterschreibt, muss er sich nochmals über den Kaufvertrag für die 36 Kampfflugzeuge des Typs F-35 beugen. Viola Amherd, die erste VBS-Chefin der Welt, und ihre «Experten» haben es

tatsächlich geschafft, einen Vertrag zu unterschreiben, bei dem die beiden Parteien, die USA und die Eidgenossenschaft, von einem unterschiedlichen Begriffsverständnis ausgehen. Für die USA unter Präsident Joe Biden und dessen „Donut“-Botschafter in der Schweiz, Scott Miller, war klar: Die US-Regierung wird mit dem Flugzeughersteller einen Preis fixieren, den sie dann unverändert an die Schweizer weitergeben. Amherd und ihre Leute gingen derweil von einem Pauschalpreis aus, der genau dem Kostendach von sechs Milliarden Franken entsprechen soll. Der «garantierte Fixpreis ohne Nachforderungen», mit dem sie die Abstimmung zum Kreditbeschluss hauchdünn gewann, entpuppt sich heute als historische Falschinformation. Dass die Flugzeuge nun teurer werden, erfuhren die Steuerzahler zudem nicht vom russischen Geheimdienst oder aus russischen Medien, die Amherd zensieren wollte, sondern durch Lecks wohl in der Schweizer Armee oder der Bundesverwaltung.

Nato-Fake: Bleiben wir kurz bei der hybriden Amtsführung Amherds. Kurz vor ihrem Abgang hat sie die Schweiz in eine Artikel-5-Übung der Nato geschickt, ein Manöver also, bei dem der Bündnisfall (gegen Russland) geübt wird. Die eigentlich neutrale Schweiz ist mittendrin statt nur dabei – dieser sicherheitspolitisch weitreichende Entscheid wurde dem Schweizer Volk indes verschwiegen. Dass der Bündnisfall geprobt wird, wurde in der offiziellen Kommunikation des Bundes bewusst weggelassen. Würde man den Kommunikationsstäben von Donald Trump, Wladimir Putin oder Viktor Orbán ähnliche bewusste Lücken nachweisen, spräche das VBS wohl von «Beeinflussungsaktivitäten im Informationsraum», klassische Desinformation. SP-Aussenpolitiker Fabian Molina würde sofort einen Vorstoss einreichen, um der Sache auf den Grund zu gehen. Bei Amherd drückte er beide Augen zu.

«Schutzklausel» ist nur eines von zahlreichen Gaunerwörtern rund um die EU-Verträge

Friedens-Fake: Wozu braucht man einen Bundesrat, wenn man andere Staatsoberhäupter für die Schweiz sprechen lassen kann? So hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf seinem Besuch in der Schweiz die damalige Bundespräsidentin Viola Amherd gefragt, ob man bereit wäre, einen «Friedensgipfel» durchzuführen. Wer eingeladen wird und vor allem wer nicht eingeladen wird, sollte aber nicht die Schweiz als eigentlich neutrale Gastgeberin bestimmen, sondern der Präsident der Ukraine-Kriegspartei. Selenskyj beharrte darauf, dass Russland nicht kommen dürfe. Der Bundesrat hat Moskau daraufhin erst gar nicht eingeladen. Irgendwann wurde dann aus dem «Friedensgipfel» eine «hochrangige Konferenz» auf dem Bürgenstock. Ob damit Brigitte Hauser-Süess gemeint war? Die persönliche Mitarbeiterin Amherds und frühere Dactylo-Lehrerin sass plötzlich ziemlich hochrangig auf der gleichen Stufe wie die (in der Regel politisch legitimierten) Aussenminister aus aller Welt. Was vom Selenskyj-Süess-Gipfel bleibt: keine Folgekonferenz, kein Frieden und eine Schweiz, die bei den Friedensbemühungen vordergründig keine Rolle mehr spielt.

Status-S-Fake: Solidarität und Verständnis beim Schweizer Volk waren gross, als es nach dem Einmarsch der Russen darum ging, Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Der Schutzstatus S, den der Bundesrat den Betroffenen verleiht, war unumstritten. Weil unkompliziert und vor allem weil rückkehrorientiert. Geflüchtete Ukrainer sollen sich hier kurzfristig niederlassen und auch sofort arbeiten können, ist

ja alles nur vorübergehend. Heute ist klar: Der Schutzstatus S ist alles andere als rückkehrorientiert. Ende 2024 waren immer noch 68'000 Ukrainer in der Schweiz, gerade mal 30 Prozent davon arbeiten. Der Bundesrat hat bereits zum fünften Mal in Folge einen ausserordentlichen Zahlungsbedarf beantragt, um den Schutzstatus S an der Ausgabenbremse vorbeizubringen. 600 Millionen sind für 2026 vorgesehen, um den Ukrainern, die nicht arbeiten, den Aufenthalt in der Schweiz zu finanzieren. Das sind insgesamt knapp 48.000 Personen, etwas mehr als die Stadt Thun Einwohner zählt. Wie viele davon werden jemals arbeiten, geschweige denn in die Ukraine zurückkehren? Wer wagt eine Prognose, lieber Bundesrat?

24-Stunden-Fake: Das 24-Stunden-Verfahren für aussichtslose Asylgesuche aus den Maghrebstaaten ist einer der peinlichsten PR-Gags des Bundesrats. Der Name suggeriert, dass die Gesuche innerhalb von 24 Stunden abgehandelt sind. In Wahrheit dauern die Verfahren im Durchschnitt drei Wochen. Der zuständige Asylminister Beat Jans ging neulich auf Distanz zu diesem Etikettenschwindel. Der SP-Bundesrat zieht sich aus der Verantwortung. «Den Namen habe gar nicht ich erfunden», sagt er im «Rundschau-Talk» von SRF. Ganz falsch liegt er nicht. Jans hat das Konzept von seiner Vorgängerin, SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, geerbt, es dann aber genauso erfolglos verfolgt wie seine Genossin. Die längsten 24 Stunden der Welt sind eine Co-Produktion des schwachen SP-Gespans im Bundesrat und entfalten immer noch nicht die gewünschte Wirkung.

AHV-Fake: Die AHV muss zwar saniert werden, aber längerfristig dürften die Ausgaben weniger hoch ausfallen als angenommen. Die Finanzperspektiven für das Jahr 2033 lagen um rund 2,5 Milliarden Franken daneben. Die Prognose-Panne sorgte 2024 für einen riesigen Aufschrei – und forderte mit Stéphane Rossini einen nicht unbekanntenen Kopf. Der Chef des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) schmiss den Bettel hin, obwohl er von einer Administrativuntersuchung später reingewaschen wurde. Er selbst muss sich vorwerfen lassen, den AHV-Prognostikern in der Mathematik-Abteilung zu viel Freiraum gelassen zu haben. Diese konnten ihre eigenen Modelle nicht mehr verstehen. Die Systeme des Beamtenstaats haben sich verselbständigt und sich gegen die Behörde gewendet – Science-Fiction im Departement des Inneren. Mit Doris Bianchi übernimmt nun eine Gewerkschafterin das BSV. Man darf die Prognose wagen, dass unter ihr die AHV-Finanzperspektiven immer üppig ausfallen werden, sonst müsste man im EDI noch mit dem Sparen anfangen.

Energie-Fake: Doris Leuthard hat es geschafft, dass die Schweiz aus der Kernenergie und somit aus einer absolut verlässlichen Stromversorgung aussteigt, und das nur, weil am anderen Ende der Welt, im japanischen Fukushima, ein Tsunami ein Kernkraftwerk beschädigte. An der vermeintlichen Strategie 2050 hat sich bis jetzt so ziemlich alles als falsch herausgestellt. Die 40 Franken, die der Atomausstieg die Haushalte künftig zusätzlich kosten sollte, wurden in den letzten Jahren schon mehrfach um ein Vielfaches übertroffen. Leuthard rechnete für den künftigen Stromverbrauch zudem mit 4,3 Millionen Haushalten bis 2035. Aber schon Ende 2023 zählte man schweizweit vier Millionen Haushalte – da muss sich Jans mit der Schutzklausel ranhalten, wenn Leuthards Plan aufgehen soll. Aber auch das Stromabkommen ist voller Fake-Erzählungen. So sagt der Bundesrat etwa, dass die Strompreise in der Schweiz künftig sinken, obwohl diese heute schon bedeutend tiefer sind als jene in Deutschland, wo man die Atomkraftwerke bereits allesamt abgestellt hat.

Heiratsstrafe-Fake: Die Abstimmung über die CVP-Initiative gegen die «Heiratsstrafe» wurde auf Geheiss des Bundesgerichts annulliert. Der Bundesrat hatte im Vorfeld der Abstimmung falsche Angaben gemacht. Lediglich 80`000 statt die wahrscheinlicheren 450`000 Doppelverdiener-Ehepaare seien von der Heiratsstrafe betroffen und deshalb steuerlich schlechter gestellt als unverheiratete Paare, schrieb die Regierung ins Abstimmungsbüchlein. Schon bei der Unternehmenssteuerreform II hausierte der Bundesrat mit viel zu tiefen Zahlen, was die möglichen Steuereinbussen betroffen hätte. Da trifft es sich gut, dass der Bundesrat nun eine eigene App lancieren will. «Bundesrat und Bundesverwaltung sollen die Bevölkerung auch im Krisenfall sowie bei Desinformations- und Beeinflussungskampagnen erreichen können», teilt uns Urs Bruderer, der Kommunikationsleiter der Bundeskanzlei mit. Der frühere WOZ-Journalist ist in der Bundesverwaltung bekannt dafür, bei Texten im Abstimmungsbüchlein zu intervenieren. Natürlich immer ganz objektiv und allein der Wahrheit verpflichtet.